Ministerium für Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Minister

Ministerium für Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf

Landrat des Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstraße 2
41515 Grevenbroich

01. August 2018
Seite 1 von 1

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
MB 1

Telefon 0211 3843-1008

Resolution des Kreistages zum Strukturwandel im Braunkohlerevier vom 26.06.2018

Ihr Schreiben vom 02.07.2018

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Übersendung der Resolution des Kreistages Neuss zum Strukturwandel im Braunkohlrevier. Ohne Frage stehen der Region durch die Beendigung des Braunkohleabbaus einschneidende Veränderungen bevor. Soweit möglich werden die in der Resolution formulierten Anliegen durch Landesregierung und Landtag gegenüber der Bundesregierung und der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Wüst

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Stadttor 1
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 3843-0
Telefax 0211 3843-939110
poststelle@vm.nrw.de
www.vm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel
vom Hauptbahnhof zur Haltestelle Stadttor: Straßenbahnlinie 709
Buslinie 732

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Die Ministerin

MHKBG Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

II/61

An den
Landrat im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

1. August 2018

7.88.

Resolution des Kreistages zum Strukturwandel im Braunkohlerevier vom 26. Juni 2018
hier: Ihr Schreiben vom 2. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Herr Petrauschke,

haben Sie vielen Dank für Ihr oben genanntes Anschreiben, mit dem Sie mir die Resolution Ihres Kreistages zum Strukturwandel im Braunkohlerevier vom 26. Juni 2018 übersenden.

Ich habe die Resolution mit großem Interesse gelesen. Da sich diese auf bundespolitische Aspekte bezieht, habe ich sie, Ihr Einverständnis voraussetzend, an den zuständigen Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herrn Peter Altmaier MdB, weitergeleitet.

Unabhängig dessen hat auch die Landesregierung die Stärkung der Verbundstruktur des Braunkohlegebietes zum priorisierten Ziel erklärt und verfolgt aktiv die Bewältigung der mit dem Strukturwandel einhergehenden Herausforderungen. So unterstützt federführend das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, parallel zu den Bestrebungen der Bundesregierung und der eingesetzten Kommission „Wachstum,

Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
ina.scharrenbach@mhkbg.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 706, 708
und 709 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Strukturwandel und Beschäftigung", unter anderem die Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) GmbH.

Darüber hinaus wird am 23. August 2018 auf Ebene des Bundes eine weitere Sitzung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" stattfinden.
Ein Ziel der Kommission ist es, Vorschläge für die Begleitung des Strukturwandels in den Betroffenen Regionen zu unterbreiten.
Hierbei findet ein enger Schulterschluss zwischen dem Bund und den Ländern statt.
Bei den anstehenden Überlegungen werden wir die Inhalte der vom Kreistag verabschiedeten Resolution gerne einbeziehen.

Verbunden mit den besten Grüßen verbleibe ich

mit freundlichem Gruß

Ina Scharrenbach

Der Minister

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

1/ Ø II/61/12 → auch PM melden
2/ LW KA
Pe 5/9

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Rhein-Kreis-Neuss
Der Landrat
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2
41515 Grevenbroich

Datum: 28. August 2018
 17.5.9.

Aktenzeichen
bei Antwort bitte angeben

Dr. Jens Stuhldreier
Telefon 0211 855-
Telefax 0211 855-
jens.stuhldreier@mags.nrw.de

Resolution des Kreistages zum Strukturwandel im Braunkohlerevier vom 26.06.2018
Ihr Schreiben vom 02.07.2018

Sehr geehrter Herr Landrat,

für Ihr Schreiben vom 02.07.2018 und für die beigefügte Resolution des Kreistages zum Strukturwandel im Braunkohlerevier vom 26.06.2018 danke ich Ihnen. Die Inhalte der Resolution habe ich mit Interesse gelesen, ich stimme mit den dort enthaltenen Aussagen im Wesentlichen überein.

Nachfolgend möchte ich Ihnen meine Positionen als Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen zur Gestaltung des Energie- und Innovationsraums Rheinisches Revier darlegen: Die Landesregierung steht zu den Klimaschutzzielen von Paris. Der Klimaschutzplan der Bundesregierung aus dem Jahre 2016 beschreibt den schrittweisen Weg in Richtung einer weitgehend treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis Mitte des Jahrhunderts. Wenn nun deutlich wird, dass das 40 Prozent Reduktionsziel bis 2020 nicht erreicht werden kann, erscheint es mir nachvollziehbar, die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" (WSB-Kommission) zu bitten, Empfehlungen für Maßnahmen zum Beitrag der Energiewirtschaft zur Verringerung dieser Lücke zu entwickeln.

Dienstgebäude und Lieferanschrift:
Fürstenwall 25,
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 855-5
Telefax 0211 855-3683
poststelle@mags.nrw.de
www.mags.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linie 709
Haltestelle: Stadttor
Rheinbahn Linien 708, 732
Haltestelle: Polizeipräsidium

Sollte die Kommission der Bundesregierung zur Umsetzung der Klimaschutzziele eine vorzeitige Beendigung des Braunkohlenbergbaus in Deutschland erwägen, wird die Landesregierung deutlich machen, dass dies nicht zu Dominoeffekten im Rheinland führen darf. Die Tagebaue verfügen über langfristige planerische und bergrechtliche Genehmigungen, die bis 2045 reichen.

Von einem vorzeitigen Kohleausstieg wäre Nordrhein-Westfalen besonders betroffen, da die nordrheinwestfälischen Kohlekraftwerkskapazitäten 41 Prozent des deutschen Kohlekraftwerksparks ausmachen. Eine schrittweise Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung würde vorrangig die jeweiligen Energieversorgungsunternehmen, ihre Zulieferer und deren Beschäftigte treffen. Zudem hat die Abschaltung konventioneller Kraftwerke Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland und die Höhe des Strompreises.

So wären nicht nur Arbeitsplätze in Braunkohletagebauen und auf Kraftwerksstandorten sowie bei Zulieferern gefährdet, sondern auch in der energieintensiven Industrie. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Verlagerungen von Arbeitsplätzen kommt, wenn der bisherige Lagevorteil - Nähe zu sicherer, kostengünstiger Energieversorgung - nicht mehr besteht. Damit wäre Nordrhein-Westfalen gleich doppelt betroffen.

Im Fokus der Arbeit der WSB-Kommission müssen daher sowohl die unmittelbaren Arbeitsplatzverluste stehen, als auch die mittelbaren Auswirkungen insbesondere auf die energieintensive Industrie.

Für die Landesregierung sind gute Zukunftsperspektiven für das Rheinische Revier und eine weiterhin wettbewerbsfähige energieintensive In-

dustrie im Rheinland, in Nordrhein-Westfalen und auch in Deutschland insgesamt die Voraussetzung für einen möglichen Beitrag der Braunkohle zum Strukturwandel.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Josef Laumann